Stadtticket: Rust baut Fraktionen eine goldene Brücke

Verschiedene Ratsfraktionen wollen das Esslinger Stadtticket retten. Die Verwaltung weist ihre Finanzierungsvorschläge zurück, sieht jedoch einen anderen Weg.

Von Alexander Maier

Macht das Stadtticket den Busverkehr auch weiterhin attraktiver? Über die Finanzierung wird derzeit in Esslingen debattiert. Foto: Robin Rudel

ESSLINGEN. Kommenden Montag entscheidet der Gemeinderat über die Zukunft des Esslinger Stadttickets, und die Debatte ist spannend bis zuletzt. Angesichts knapper Kassen bleibt die Verwaltung bei ihrem Vorschlag, die subventionierte Fahrkarte für den Stadtverkehr Ende 2027 auslaufen zu lassen. Verschiedene Ratsfraktionen sehen das anders. Zuletzt hatten die CDU auf der einen sowie Grüne und SPD auf der anderen Seite mit eigenen Finanzierungsvorschlägen versucht, das Stadtticket zu retten. Doch die Verantwortlichen im Rathaus sehen in beiden Konzepten keinen Weg, um rechtzeitig ans Ziel zu kommen. Stattdessen skizzierte Finanzbürgermeister Ingo Rust im Verwaltungsausschuss eine andere Finanzierungsmöglichkeit.

Die Verwaltung will das Stadtticket auslaufen lassen. Im Rathaus verweist man darauf, dass die vergünstigte Fahrkarte gern genutzt werde – der erhoffte Effekt, viele Menschen dadurch zum Umstieg auf den öffentlichen Nahverkehr bewegen zu können, habe sich aber nicht eingestellt. Der Finanzbürgermeister geht davon aus, dass das Stadtticket täglich nur etwa 60 zusätzliche Busfahrten motiviert habe. Verschiedene Ratsfraktionen sind dagegen überzeugt, dass dieses Angebot auch weiterhin seinen festen Platz im Tarifsystem haben müsse.

Linke und FÜR wollen zur Finanzierung Mehrerträge aus der Ladesäulen-Konzessionsabgabe und der SWE-Konzessionsabgabe heranziehen. Die CDU hat dagegen angeregt, die Fortführung des Stadttickets „aus den Zinserträgen, die im Zusammenhang mit dem Bürgschaftsverfahren der Van-Hool-Insolvenz angefallen sind“, zu finanzieren. Die Stadt hatte bei Van Hool 46 O-Busse bestellt und dafür Vorauszahlungen geleistet. Nach der Insolvenz des belgischen Bus-Herstellers war zunächst unklar, ob die Stadt finanziellen Schaden nehmen könnte. Inzwischen hat ein Gericht bestätigt, dass die Vorauszahlung ordnungsgemäß abgesichert war und die Esslinger den geschuldeten Betrag über die Versicherung zurückerhalten – zuzüglich der Zinsen von knapp einer Million Euro.

Dämpfer für Esslinger Ratsfraktionen bei der Stadtticket-Finanzierung

Doch die Hoffnung der CDU, dieses Geld fürs Stadtticket nutzen zu können, musste Finanzbürgermeister Ingo Rust enttäuschen: Der Städtische Verkehrsbetrieb (SVE) erhalte die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben vom Landkreis gedeckt. Die Stadt selbst müsse nur wenige Extras wie die Kapitalkosten für die Oberleitung oder die Differenz zwischen den Gehältern von öffentlichen und privaten Busfahrern tragen, so Rust. Wenn der SVE mehr Einnahmen hat – so wie die Zinsen aus dem Bürgschaftsverfahren – reduziere sich das Defizit, das der Landkreis finanziert. Dadurch verbessere sich zwar das Ergebnis des SVE, an den Finanzierungsbestandteilen der Stadt ändert sich laut Rust allerdings nichts.

Auch der Vorschlag von Grünen und SPD, „die Einführung eines Mobilitätspasses für Esslingen zu prüfen und die daraus erwachsenden Einnahmen zu verwenden“, führt nach Rusts Einschätzung nicht rasch genug zum Ziel, um die Fortführung des Stadttickets über das Jahresende 2027 hinaus zu finanzieren. Eine solche Abgabe, die Einwohner oder Kfz-Halter monatlich zu leisten hätten und die im Gegenzug mit Busfahrten verrechnet werden könnte, lasse sich nicht so schnell einführen, so Rust.

Mehrheit ist für Fortführung des Stadttickets

Der Finanzbürgermeister bleibt angesichts der Kassenlage beim Vorschlag, das Stadtticket auslaufen zu lassen. Weil sich jedoch im Gemeinderat eine Mehrheit für die Fortführung abzeichnet, versuchte Rust, den Antragstellern im Verwaltungsausschuss eine goldene Brücke zu bauen: CDU, Grüne, SPD und Freie Wähler wollen einen so genannten „globalen Minderaufwand“ nutzen, um Grund- und Gewerbesteuererhöhungen zu vermeiden und trotzdem den Haushalt auszugleichen. Dieses haushaltsrechtliche Instrument sieht eine pauschale Kürzung der geplanten Ausgaben vor.

Die ursprünglich geplante globale Kürzung um 2,5 Millionen Euro könnte um den für das Stadtticket nötigen Betrag erhöht werden. Das letzte Wort hat am Montag der Gemeinderat.

Quelle: Esslinger Zeitung - 24.07.2026